



Auf den Hund gekommen

Krankenkasse verweigert Berlinerin neuen Blindenhund. **Seite 3**

Abbildungen: 123rf/John Takai (l.), Ralf Scherfose/Katalog (r.)

Hiroshima mahnt

Vor 69 Jahren entfachte die erste Atomwaffe in der Stadt ein Inferno. **Seite 5**

Der Große Krieg

Gemälde von Ralf Scherfose: ab Freitag im nd-Gebäude. **Seite 13**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 6. August 2014

69. Jahrgang/Nr. 181 Berlinausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Kairo und ein wenig Hoffnung

Roland Etszel zu der Frage, ob nach dem Krieg wieder vor dem Krieg ist

Ob es in Kairo tatsächlich substantiell zur Sache geht oder nicht – die Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern waren zuletzt selten besser. Dass sie unabänderlich auf mehr angelegt sein müssen als auf eine Verfestigung der Feuerpause, steht außer Frage, selbst wenn dies den Konfliktparteien nicht zu entlocken sein wird. Dies zu kanalisieren ist Sache der Vermittler, und der gastgebende ägyptische Präsident hat hier erstmals zu beweisen, dass er nicht nur ein cleverer Ex-General, sondern auch ein Politiker ist. Es geht um nichts Geringeres als die Frage, ob auch diesmal nach dem Gaza-Krieg nur vor dem (nächsten) Gaza-Krieg ist. Große Hoffnungen auf Kairo mögen nicht realistisch sein, doch andere sind nicht in Sicht.

Israel, die stärkste Militärmacht des Nahen Ostens, hat wie schon 2006 im 33-tägigen Libanon-Krieg gegen die Hisbollah zur Kenntnis nehmen müssen, dass in einem asymmetrischen Krieg der Sieg nicht nur nach militärischen Parametern bemessen wird. Haben wir es deshalb mit einer unerklärten Kriegsbeendigung durch Netanjahu zu tun? Oder spürte er das allmähliche Schwenden der Rückendeckung durch die Verbündeten?

So steht die Hamas – obwohl es keinen Staat gibt, der ihre Raketenangriffe auf Israel guthieß – als heimliche moralische Siegerin da. Mehr aber noch nicht. Dies in eine politische Strategie münden zu lassen, ist für die palästinensischen Führer jetzt die weitaus schwierigere Frage.

UNTEN LINKS

Ältere Beobachter des politischen Geschehens werden sich vielleicht noch an die FDP erinnern. Die Partei war praktisch zu nichts gut, machte aber immer mal wieder mit Werbung auf sich aufmerksam, die Experten des politischen Marketings als »pfiffig« bezeichneten. Man denkt zurück an Zahlen auf Schuhsohlen oder drollige Parteivorsitzende, die in Wohnmobilen leben oder über Anschlussverwendungen reden. Selbst fand man allerdings keine, die FDP ist inzwischen weithin ausgestorben. Ob dafür ein Meteoriteneinschlag verantwortlich war, ist umstritten. Wenige Reste dieser Partei haben allerdings überlebt – unter anderem in Sachsen, wo sie wacker gegen den Mindestlohn kämpfen. Ein kleines FDP-Vorkommen hat sich jetzt auch aus Brandenburg gemeldet, mit Wahlwerbung »Keine Sau braucht die FDP!« Das soll zwar ganz bestimmt wieder eine clevere Kampagne werden. Aber helfen, liebe FDP, wird's nix. Und besser hätten wir es auch nicht formulieren können. *tos*

Die Bahn schaufelt ihr Milliardengrab

Proteste gegen Öffnung der Baugrube für Bahnprojekts



Berlin. Viereinhalb Jahre sind seit dem offiziellen Baubeginn des umstrittenen Bahnprojekts Stuttgart 21 vergangen. Am Dienstag liefen nun die Arbeiten an der Baugrube an – und während Bahn und große Teile der Politik mit einem verkehrspolitisch hoch fragwürdigen Milliardenprojekt unter die Erde streben, protestierten erneut Hunderte Gegner des neuen Tiefbahnhofs: Stuttgart wolle »oben bleiben«.

Es sind nicht mehr die großen Demonstrationen wie 2010, als monatelang Massenproteste die baden-württembergische Landeshauptstadt in Bewegung versetzten. Eine deutliche Absage an das Bahnprojekt Stuttgart 21, dessen Herzstück der Tiefbahnhof sein soll, ist indes geblieben. Und: Die Proteste gegen Stuttgart 21 haben die politische Kultur zumindest in Baden-Württemberg verändert. Der Begriff vom »Wutbürger« machte Karriere, Politikwissenschaftler legten Studien über »Die neue Macht der Bürger« vor, die große Schlichtung unter dem früheren CDU-Politiker Heiner Geißler sorgte für bundespolitisches Aufsehen. Ohne den breiten Widerstand gegen das Bauprojekt, dem Umweltschützer und Verkehrspolitiker ebenso angehören wie besorgte Anwohner und berentete Ingenieure der Region, wäre wohl auch nicht der erste grüne Ministerpräsident in der Bundesrepublik ins Amt gekommen.

Winfried Kretschmann brachte eine Volksabstimmung auf den Weg, in der sich eine deutliche Mehrheit für das Bauprojekt aussprach. 2021 soll die neue Haltestelle in Betrieb genommen werden, nach derzeitigem Stand wird Stuttgart 21 etwa 6,5 Milliarden Euro kosten. Die mit der SPD regierenden Grünen schöpften »ihre Möglichkeiten nicht aus, sie könnten das Projekt wesentlich kritischer begleiten«, sagte der in Stuttgart beheimatete Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, der Nachrichtenagentur dpa. Seine Parteikollegin Sabine Leidig forderte, das Projekt zu stoppen. »Weiterhin ist unklar, ob Stuttgart 21 überhaupt gebaut werden und in Betrieb gehen darf. Es gibt bisher kein genehmigtes Brandschutzkonzept, und ein Desaster wie beim Berliner Flughafen ist denkbar«, erklärte die Bundestagsabgeordnete.

Für die Gegner von Stuttgart 21 »ist die Öffnung der Baugrube das dritte markante Datum in der Murks-Geschichte von Stuttgart 21 – nach dem Abriss des Seitenflügels des alten Gebäudes und der Rodung des Schlossparks. Die »Mängelliste« des Bauprojekts sei »lang, unsere Empörung groß«, hieß es am Dienstag. Die Proteste werden weitergehen. *tos* **Seite 2**

Grafiken: 123rf, Imago [M]

Anschlag auf ISAF-Offiziere

Afghanischer Soldat feuerte – US-General tot, deutscher verletzt

Berlin. Bei einem Anschlag in einem von der britischen Armee geführten Trainingszentrum für afghanische Offiziere nahe Kabul wurde am Dienstagmittag ein Zwei-Sterne-General der USA getötet sowie ein Brigadegeneral der Bundeswehr schwer verletzt. Bei dem Angriff erlitten mindestens 14 ISAF-Soldaten sowie drei afghanische Verletzte.

Das Verteidigungsministerium in Kabul meldete, ein »Terrorist in der Uniform der Nationalarmee« habe das Feuer eröffnet. Die Armee behauptet, der Schütze sei ein Soldat gewesen, der mit seinen Ausbildern in Streit geraten ist. In den vergangenen Jahren hatte es zahlreiche Angriffe einheimischer Sicherheitskräfte auf NATO-Verbündete gegeben. 2013 sind bei zehn solcher Attacken 16 ausländische Soldaten getötet worden. 2012 kamen 53 NATO-Soldaten auf diese Weise um. 2011 hatte ein Attentäter drei Bundeswehrosoldaten erschossen. Vor drei Jahren wurde mit Markus Kneip schon einmal ein deutscher General bei einem Anschlag verletzt.

Afghanistan befindet sich in einer besonders kritischen Phase: Die NATO-geführte ISAF-Truppe will bis Ende des Jahres ihre Kampftruppen durch Ausbilder ersetzen. Zugleich ist die politische Lage nach der Präsidentschaftswahl von Mitte Juni verworren. Laut Wahlkommission gewann der ehemalige Finanzminister Aschraf Ghani die Stichwahl. Sein Kontrahent, der einstige Außenminister Abdullah Abdullah, beklagt jedoch Manipulation. Eine Neuauszählung der Stimmzettel soll Klarheit bringen. *hei*

Ecclestone kauft sich frei

Formel-1-Chef zahlt 100 Millionen Euro im Schmiergeldprozess

München. Formel-1-Chef Bernie Ecclestone hat für die Rekordsumme von 100 Millionen Dollar die Einstellung seines Schmiergeldprozesses erwirkt. Der 83-Jährige sicherte den Münchner Richtern am Dienstag zu, das Geld binnen einer Woche zu überweisen. Dafür wird der Prozess um seine Millionenzahlung an den ehemaligen Landesbank-Vorstand Gerhard Gribkowsky eingestellt, und Ecclestone gilt nach gut drei Monaten Verhandlungsdauer als unschuldig.

Nun darf er weiter an der Spitze der Formel 1 bleiben, die er seit Jahrzehnten beherrscht. Die Summe von 100 Millionen Dollar gilt als historisch. »Die Höhe der Auflage orientiert sich an den Vermögensverhältnissen des Angeklagten«, begründete der Richter Peter Noll die ungewöhnliche Höhe.

Der Formel-1-Chef musste sich seit Ende April wegen Bestechung eines Amtsträgers und Anstiftung zur Untreue in einem besonders schweren Fall vor Gericht verantworten. Die Anklage hatte ihm vorgeworfen, dem ehemaligen BayernLB-Vorstand Gribkowsky 44 Millionen Dollar Bestechungsgeld beim Besitzerwechsel der Rennserie gezahlt zu haben. Im Gegenzug kassierte er von der BayernLB eine Beraterprovision von 41 Millionen Dollar für seine Arbeit beim Formel-1-Verkauf. *dpa/nd* **Seite 8**

Täglich zehn Tonnen Brot für Gaza

Hoffnung auf Einhaltung der dreitägigen Feuerpause / Britische Staatssekretärin trat aus Protest zurück

Nach vier Wochen Krieg und vollständigem israelischen Abzug aus Gaza besteht erstmals Aussicht auf dauerhafte Waffenruhe. Dies wird international mit Erleichterung aufgenommen.

Berlin. Seit Dienstag, 7 Uhr MESZ, gilt eine 72-stündige Waffenruhe in Gaza, an die sich bis zum frühen Abend beide Seiten hielten. Zur selben Zeit begannen in Kairo Verhandlungen zwischen israelischen Regierungsvertretern und Repräsentanten der wichtigsten Palästinensergruppen, auch aus dem Westjordanland. Die Schirmherrschaft hat Ägyptens Staatspräsident Abdulfattah al-Sisi. Die Folgen des Krieges und das Verhalten der europäischen Regierungen zu ihm werden in den EU-Staaten unterdessen weiter heftig debattiert.

Aus Protest gegen die Nahostpolitik der britischen Regierung ist eine Staatssekretärin der Regierung von Premierminister David

Cameron zurückgetreten. »Ich kann die Politik der Regierung bezüglich Gazas nicht länger unterstützen«, teilte Baronin Sayeeda Warsi am Dienstag über Twitter mit. Premierminister David Cameron habe sie ihre Entscheidung »mit tiefem Bedauern« mitgeteilt. Warsi war Staatssekretärin im britischen Außenministerium sowie im Ministerium für Kommunen und lokale Selbstverwaltung. Sie ist die Tochter pakistanischer Einwanderer und war die erste muslimische Frau im britischen Kabinet.

Antisemitismus in Deutschland ist nach Einschätzung der muslimischen CDU-Bundestagsabgeordneten Cemilie Giousouf kein Importprodukt des Islam. Die Abneigung gegen Juden basiere auf »Feindbildern, die im Zusammenhang einer realen Auseinandersetzung entstehen«, sagte sie der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zu den Kämpfen in Gaza. Man dürfe nicht den Fehler

machen, »mit Verallgemeinerungen Muslimen in Sippenhaftung zu nehmen«. Giousouf ist seit März 2013 erste muslimische CDU-Abgeordnete im Bundestag. Die ge-

»Die Schäden der israelischen Angriffe belaufen sich auf vier bis sechs Milliarden Dollar.«

Taissir Amro, palästinensischer Vizewirtschaftsminister

bürtige Leverkusenerin ist Tochter türkischstämmiger Eltern aus Griechenland.

Die Schäden der israelischen Angriffe im Gaza-Streifen belaufen sich nach palästinensischen Schätzungen auf vier bis sechs Milliarden Dollar. Dabei seien nur die »direkten Folgen für die Wirt-

schaft« eingerechnet, noch nicht die »indirekten Folgen für die Bevölkerung«, sagte der palästinensische Vizewirtschaftsminister Taissir Amro gegenüber AFP.

Mit dem Beginn einer Waffenruhe haben sich für humanitäre Organisationen die Chancen verbessert, notleidende Palästinenser zu versorgen. Die Lieferungen von Hilfsgütern würden so rasch wie möglich verstärkt, hieß es am Dienstag bei UN-Organisationen.

Allein das UN-Welternährungsprogramm gab den zusätzlichen Bedarf für humanitäre Hilfe in den kommenden drei Monaten mit 48 Millionen Dollar an. Gemeinsam mit dem UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge sei eine Aktion zur Versorgung des Gaza-Streifens mit Brot gestartet worden. Ziel sei es, jeden Tag zehn Tonnen Brot von Jerusalem nach Gaza zu bringen. Das sei nötig, weil die Bäckereien unter Stromausfällen litten. *roe/AFP* **Seiten 7 und 18**

ISSN 0323-4940

